



# Breslauer Zeitung.

## Mittagblatt.

Mittwoch den 21. April 1858.

Nr. 184.

### Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Petersburg, 20. April. Vom 30. Mai d. J. an werden fremde Schiffe wie in Anapa, Suchum-Kale und Nedut-Kale auch in den Häfen von Poti zugelassen werden.

Wiederum haben fünf Gouvernements-Komite's für die Verbesserung der Lage der Bauern gebildet.

Paris, 20. April, Nachmittags 3 Uhr. Der heutige Artikel des „Constituionnel“ erregte große Sensation an der Börse. Die Börs. begann zu 69, 15, wuchs auf 68, 65, hob sich auf 69 und schloss sehr belebt und fest zur Notiz.

Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleich lautend 96 % eingetroffen.

3½ Ct. Rente 69, 05. 4½ Ct. Rente 93, —. Credit-mobilier-Aktien 710.

Spanier —. 1½ Ct. Spanier —. Silber-Anleihe —. Österreich.

Staats-Eisenbahn-Aktien 695. Lombardische Eisenbahn-Aktien 590. Franz-Joseph 462.

London, 20. April, Nachmitt. 3 Uhr.

Consols 96 %. 1½ Ct. Spanier 26½. Merikaner 19½. Sardinier 90½.

Spanier 109½. 4½ Ct. Russen 101. Lombardische Eisenbahn-Aktien —.

Hamburg 3 Monat 13 M. 6 Sch. Wien 10 M. 35 Kr.

Der fallige Dampfer „Vanderbilt“ ist aus Newport angelkommen.

Wien, 20. April, Mittags 12½ Uhr. Neue Loope 103½.

Silber-Anleihe —. 3½ Ct. Metalliques 81½. 4½ Ct. Metalliques 71½.

Bant-Aktien 974. Bank-Int.-Scheine —. Nordbahnen 184. 1854er Loope 108½.

National-Anlehen 84 %. Staats-Eisenbahn-Aktien 286. Credit-Aktien 244. London 10, 19. Hamburg 78. Paris 123½. Gold 7½.

Silber 5%. Elisabeth-Bahn 100%. Lombard. Eisenbahn 106. Theiß-Bahn

—. Central-Bahn —.

Frankfurt a. M., 20. April, Nachmitt. 2½ Uhr. Keine wesentliche Veränderung. Spanier beliebter.

Schluß-Course: Wiener Wechsel 113½ B. 3½ Ct. Metalliques 76½.

4½ Ct. Metalliques 67. 1854er Loope 101½. Österreichisches National-

Bank-Aktien 79%. Österreich-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 322½. Österreich.

Bank-Aktien 1100. Österreich. Credit-Aktien 221. Österreich. Elisabethbahn

195½. Rhein-Nahe-Bahn 75½.

Hamburg, 20. April, Nachmittags 3 Uhr. Lebhafte Geschäft, hauptsächlich in österreichischen Kredit- und Norddeutschen Banknoten.

Schluß-Course: Österreich. Loope —. Österreich. Credit-Aktien 123½.

Österreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 680 B. Vereinsbank 96. Nord-

deutsche Bank 82%. Wien 79%.

Hamburg, 20. April. [Grettemarkt.] Weizen loco fest zu letzten Preisen bei ziemlichem Umsatze. Roggen loco flau, als Königsberg 125 pfd. zu 25%. Lasse gejunken, bei nicht ganz unerheblichen Umsätzen. Zint etwas teurer.

Liverpool, 20. April. [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz.

Preise ½ höher als am vergangenen Freitag.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 19. April. Aus Marieille wird von gestern Abend berichtet, daß die Post aus Bombay vom 24. März dort eingetroffen ist. Die Bewohner von Lucknow waren geschockt, Oberst Hugh Rose stand auf dem ganzen Bege die Tore verdeckt. Die Armee von Agra marschierte hauptsächlich nach dem Norden, um Rohilkund zu erobern, Nana Sahib befand sich zu Kalpee, das Colin Campbell anzugreifen beabsichtigte. Oberst Peel war bei Lucknow schwer verletzt worden. Maung-Singh hatte sich unterworfen. Zu Delhi und anderwärts dauerten die Hinrichtungen fort.

Paris, 20. April. Der heutige „Constitutionnel“ enthält einen mit René unterzeichneten Artikel, worin es heißt, daß die Freisprechung Bernard's in Frankreich große Erleichterung hervorgerufen habe. Jedermann habe dieses Gefühl so lebhaft empfunden, wie das „Univers“ es gestern ausgeprochen. Wir wollen über den unerhörten Skandal kurz hinweggehen, denn Niemand bezweifelt Bernard's Schuld, und wollen den Engländern nur sagen, daß es, da wir einander in freundschaftlicher Beziehung bleiben wollen, der Regierung schwer fallen möchte, der allgemeinen Entrüstung Schranken zu setzen, wenn das geistige Plaidoyer des Advokaten Bernard's unglücklicherweise in Frankreich verbreitet würde.

London, 19. April, Nachts. In der heutigen Sitzung des Oberhauses teilte Lord Malmesbury mit, daß die Majorität der Kron-Juristen die Erlaubnis gegeben habe, die Begnadigung des „Cagliari“ seitens Neapels wäre legal gewesen. In Folge dessen sei ein starkes Einschreiten gegen Neapel unmöglich.

Im Unterhause legte Disraeli das Budget vor. In demselben wird die Einnahme auf 63,120,000, die Ausgabe auf 67,110,000 Pf. St. veranschlagt. Der Schatzkanzler beantragt zur Deckung des Defizits eine Ausgleichung der Spitäler-Laxe, Ausschüttung der Kriegsschuldbeschaffung und Schatzbonds. Die früheren Steuern sollen unverändert fortbezahlt werden. Die hervorragendsten Mitglieder des Hauses reservierten ihr Urtheil über die Vorlage. — In Bezug auf die Abberufung des englischen Gesandten zu Madrid, Lord Howden's, erklärte Disraeli, diefele ändere in der gegen Spanien bisher beobachteten Politik nichts.

### Preußen.

#### Landtags-Verhandlungen.

Haus der Abgeordneten. 34ste Sitzung am 20. April. Begann 11½ Uhr. Präsident Graf Eulenburg. Am Minnertstische die Herren von Westphalen, als Regierungs-Kommisar Geheimrat Ribbeck, später v. Manstein II.

Der Präsident ersucht die bereits sehr stark zusammengeholzene Versammlung, sich der Urlaube für den Rest der Session nur in Notfällen zu bedienen. Man geht zur Tagesordnung, dem v. Bardeleben'schen Antrage wegen. v. Bardeleben selbst ist der erste Redner. Die Kommission habe den endlich einmal zur Sprache gelangten Antrag gar grausam behandelt. Sie habe zuerst es liege noch nicht Zeit genug mehr für die Ausführung des Antrages und es liege noch nicht Material genug für die Beurtheilung dieser Abgrenzung vor. Wenn es sich nur um diejenigen Müßigkeiten bei dieser Abgrenzung handele, welche verfassungsmäßig die allein notwendigen seien, so könne die ganze Verlangte Vorlage in acht Tagen gearbeitet sein. Aber es handle sich dabei, wie der Herr Minister selbst getagt, um solche Abgrenzungen, die die wahre politische Meinung der Bevölkerung zum Ausdruck gelangen ließen; und welches sei diese wahre Meinung? Natürlich nur die des Herrn Ministers selbst. Aber die Regierung möge ihrer Ansicht, die sie also für die allein richtige hält, Wirkungstreife im Lande zu verschaffen suchen, wie sie wolle; nur der mechanischen Mittel dazu enthalte sie sich, welche die entgegengesetzte Meinung nicht widerlegen, sondern nur unterdrücken. Ein solches Mittel aber sei die stets wiederholte Verlegung und Abänderung der Wahlbezirke. Ihre gesetzliche Feststellung sei eine Verhebung der Verfassungsurkunde selbst. Ein Abgeordnetenhaus, das überwiegender Majorität von Beamten zusammengefest sei, verehle seinen Zweck; Beamte außerhalb, Beamte in der Kammer, da fehle man besser, mit dem v. Bedlik-Leipe, zum bürokratischen Absolutismus zurück. Diesem Uebelstande in der nächsten Session abzuheilen, sei dringend notwendig und deshalb empfiehle er die Annahme seines Antrages.

Graf Pfeil (Neurode): Das Wahlgesetz müsse Ausdruck der Interessen des Volks sein, denn diese seien ein dauerndes Element, während die Meinungen alle Tage wechseln, für sie also kein wahrer Ausdruck gefunden werden könne u. s. w. Die Auslassungen des Redners, welche gegen den Antrag Bardeleben gehen sollen, werden von häufigen Ausbrüchen ungebundener Heiterkeit des Hauses begleitet.

Mathias. Der Erlass eines Wahlgesetzes scheine ihm in den nächsten Jahren noch nicht zeitgemäß, aber alle Elemente desselben, die nicht prinzipieller Natur seien, müßten der Willkür entzogen werden. Die Regierung selbst, indem sie das Provisorium „mit dessen Vortheilen für sie“ noch nicht ausgeben zu wollen erklärte, habe zugegeben, welchen Werth jene Willkür in Abgrenzung der Wahlbezirke für sie habe. Und das Jahr 1855 habe gelehrt, welcher Ausdehnung dieselbe fähig sei. Er erinnere statt aller Specification an die damalige Morawski'sche Wahlkarte, an die damaligen Wahlbezirke in Polen, die in Form zerrissener Strümpfe sich über das ganze Großherzogthum zogen. Man habe die Sache damals im ganzen Lande so gut organisiert, daß der hr. Minister im kommenden Herbst sich getrost darauf verlassen könnte, ohne neue Maßregeln zu ergreifen. Ein positives müssen geschehen, um die nächste Versammlung zu einem wahren Ausdruck der Bevölkerung zu machen und dies beende der Antrag Bardeleben.

Wagner (Neustettin) verneint auf die Wahloperationen in England und Amerika, entgegen dem Vorwurfe der Beamtenkammer, die Beamten bildeten gegenwärtig noch die einzige Aristokratie, vom bürokratischen Absolutismus her, und es handle sich jetzt erst darum, dieser Aristokratie eine andere entgegenzusetzen, nach deren Kräftigung man an einer Kammer ohne Beamte denken könne. Der Redner geht ebenfalls, wie Gr. Pfeil, auf die Beamtenkammer los, die jetzige Urwahl in Preußen sei nur Ausdruck des trostlos atomisierten Individualismus, die Wahlbezirke müßten erst zu staatlich berechtigten Körperschaften heranwachsen u. s. w. Wo sich aber dieser Entwicklung andern förenden Momenten entgegentreten, oder wo z. B. konfessionelle Momente, nationale Differenzierungen in den Wahlbezirken sich gegen das abstrakte preußische Staatsbürgertum ausleben, da müsse die Regierung das Recht haben, solche Wahlbezirke abzändern.

Reichenberger (Köln) hat das Amendment gestellt, das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die königl. Staatsregierung Anordnungen zum Zwecke der Beseitigung der bei den letzten Wahlen hervorgetretenen erheblichen Missstände und insbesondere zu einer zweckentsprechenden Eintheilung der Wahlbezirke treffen werde. — Man habe, führt er zur Begründung an, sich darauf berufen, daß das Volk ja eigentlich gar keine politische Meinung habe und daß, wenn die Regierung ihren Einfluß nicht geltend machen wolle, die Parteien dies thun würden. Dabei rede man aber doch von wachsender „Popularität“ z. B. der Kreuzzeitungspartei, und der große Apparat, den die Regierung für die Wahlen in Bewegung setze, lehre, für wie stark man doch diese Meinung halte, die man leiten oder unterdrücken wolle. Bei diesem Einstudie dürfe, so sei in der Kommission gesagt worden, die Regierung bis an die Grenzen des Strafgesetzbuches gehen. Habe man wohl an die praktischen Konsequenzen desgegredacht? Man erinnere sich nur des mächtigen Einflusses, den die Eisenbahnen, die Verlegung ihrer Brüder u. s. w. auf ganze Bezirke ausüben können, man denke an die Moabitbrücke, mit der vor drei Jahren die traurbaren Wähler beeinflusst wurden u. s. w. So könne es nicht weiter gehen, ohne den größten Nachteil für's Land. Die Regierung selbst habe in Bezug auf die posener Wahlbezirke dies zugegeben und Abhilfe zugesagt. Nur Partei soll die Regierung nicht nehmen in den Wahlkämpfen; diejenigen Wunsch, der im Interesse der gouvernementalen Autorität selbst liege, spreche sein Antrag nur aus.

Nachdem der Reg.-Kommissar die in der Kommission abgegebenen Erklärungen der Regierung wiederholt, der Minister des Innern, indem er das Recht der Regierung zu Abänderung der Bezirke als ein wesentliches darstellt, auch gegen das Amendment Reichenberger's sich ausspricht, da dasselbe von erheblichen Missständen bei den letzten Wahlen rede, die er nicht zugestehen könne, — wird der Schluß der Debatte angenommen, obwohl noch eine große Zahl Redner zum Worte gemeldet waren. Die Abstimmung ergibt Ablehnung sowohl des v. Bardeleben'schen als des Reichenberger'schen Antrages, für ersten stimmt die Linke, die Katholiken, die Fraktion Mathias, die Polen, für den zweiten dieselben Parteien, außerdem Lemonius, Schmidauer und noch einige Mitglieder der Rechten.

Die Beratung über den Hartori'schen Antrag, resp. Gesetzentwurf betr. die Normativbedingungen zur Errichtung von Privatbanken mit der Befugnis zur Ausgabe unverzinslicher Noten, folgt. Behrend empfiehlt den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf, den er mit einigen Abänderungsvorschlägen versieht. v. Gerlach findet ein Hauptbedenken gegen den Gesetzentwurf in der Verbindung des Bankgeschäfts mit dem Rechte der Papieremission, eine in England schon längst beschrankte Verbindung. v. Patow entgegnet dem, worauf die Debatte, 3 Uhr, bis morgen, Mittwoch, 11 Uhr vertagt wird.

Berlin, 20. April. [Amtliches.] Der königliche Eisenbahn-Baumeister Siegert zu Breslau ist zum königlichen Eisenbahn-Bau-Inspektor, und der Baumeister Ilse daselbst zum königl. Eisenbahn-Baumeister ernannt, und Ersterem die Betriebs-Inspektor-Stelle der oberbayerischen Eisenbahn zu Breslau, letzterem die Eisenbahn-Bau-meister-Stelle der breslau-poln.-sächs. Bahn zu Lissa verliehen worden.

△ Berlin, 20. April. Dem Vernehmen nach ist dem Landrat des Kreises Landeshut im Regierungsbezirk Liegnitz, Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode die nachgesuchte Entlassung aus diesem Amt in Gnaden erhoben und der rote Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife allerhöchst verliehen worden.

Berlin, 20. April. Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen arbeitete heute Nachmittag mit dem Minister-Präsidenten. — Ihre königlichen Hoheiten die Frau Prinzessin von Preußen, der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm, die Frau Prinzessin Karl und andere hohe Herrschaften machten gestern Promenaden im Tiergarten. Zur Assemblée, die Abends im Palais Sr. königlichen Hoheits des Prinzen von Preußen stattfand, hatten etwa hundert Personen Einladungen erhalten. Auch heute Mittag machten Ihre königlichen Hoheiten eine Spazierfahrt und Promenade im Tiergarten und nahmen darauf der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden, der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm bei Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Frau Prinzessin von Preußen an dem Diner Theil.

— Der Fürst Hasfeld ist gestern Abend aus Gotha hier eingetroffen und wird einige Tage hier selbst seinen Aufenthalt nehmen. — Der Ober-Präsident Senft v. Pilsach ist von Stettin, der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein von Meisdorf und der Präsident des kaiserl. österreichischen Handelsgerichts, v. Raule, von Wien hier eingetroffen. — Graf Montgelas, der königlich bayerische Gesandte am hiesigen Hofe, hat seine Abreisungsschreiben erhalten, indem derselbe, wie bekannt, für den Posten in St. Petersburg bestimmt ist. — Der Legations-Sekretär de Castro,

welcher sich seither in der Begleitung des Herzogs von Terceira befand, der bekanntlich als außerordentlicher Gesandter des Königs von Portugal in diesen Tagen hier eintrifft, ist heute Vormittag, zunächst von Düsseldorf kommend, hier angelangt. — Der königliche Gesandte Herr v. Thieli ist nach Rom abgereist. (Beit.)

Charlottenburg, 20. April. Se. Majestät der König machte gestern, nachdem Allerhöchsteselbe schon Vormittag den üblichen Spaziergang und in Begleitung Ihrer Majestät der Königin eine Spazierfahrt unternommen hatte, auch noch nach dem Diner eine längere Fußpromenade. (Beit.)

Klecko, 19. April. [Ein nächtlicher Überfall.] In der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. ist in dem ½ Meile von hier entfernten Dorfchen Sokolnik eine Verabredung durch nächtlichen Überfall von einer aus 9 Personen bestehenden Bande ausgeführt worden. Es pochte ein Reisender in der Nacht an das Fenster des dortigen Krügers Manteufel und begehrte Einlaß. Ohne Misstrauen wurde geöffnet, denn im Hause wohnte noch eine zweite Familie, und das erste war auch nur eine kurze Strecke von anderen Wohngebäuden entfernt. Plötzlich erhielt der ic. M. einen tödlichen Schlag auf den Kopf. Die Frau eilt zu Hilfe und wird ebenfalls gefährlich gemischt. Einer Magd, die sich entfernen will, um Hilfe zu holen, so wie der in der zweiten Stube wohnenden Familie wird der Ausgang durch Thüren und Fenster von Mitgliedern der Bande gesperrt. Als dann wird, da die mit Schlägen begleiteten Versuche an den M'schen Cheleuten, die Herausgabe des Geldes zu erlangen, fruchtlos bleiben, das ganze Haus mit der größten Ruhe durchsucht, etwa 50 Thlr. Geld, Speck, Mehl ic. eingepackt und damit fortgegangen.

Ehe von den nächsten Nachbarn Hilfe erlangt werden konnte, war von den Nähern keine Spur mehr zu finden. Schon wegen der Seltsamheit ähnlicher Vorfälle in unserer waldarmen Gegend hat dieser Raub außerordentliches Aufsehen erregt. Die Wunden der Gemüthshandlungen sind allerdings nicht lebensgefährlich, aber dieselben sind ihrer ganzen Habe beraubt. Behufs Entdeckung der Thäter sind alle möglichen Maßregeln angeordnet. — Am ersten Osterfeiertage sind in Gora bei Pudewitz drei Menschen ertrunken. Dieselben waren auf den dortigen See gefahren, um Fische zu fangen. Sie verloren dabei das Gleichgewicht und der Kahn schlug um. Ihr Dienstherr glaubte sie in der Kirche und wurde auf ihr Verschwinden erst einige Stunden später aufmerksam gemacht. Man bemerkte darauf den umgeworfenen Kahn und fand auch bald die Leiche. (Pos. 3.)

### Deutschland.

München, 18. April. Der ehemalige Abt Birken des hiesigen Benediktiner-Klosters beabsichtigt in der Gegend von Sonthofen in Schwaben ein neues Kloster und zwar für Trappisten zu gründen. Aus den „einigen Klöstern der geistlichen Orden beiderlei Geschlechts“, von welchen der Artikel VII. des Konfords vom 5. Juni 1817 spricht, sind im Laufe der Zeit 52 Männer- und 147 Frauenklöster und Hospitäler geworden, unter ersten befinden sich 38 mit Bettel-mönchen besetzte, Frauenklöster aber, mit Einschluß der barmherzigen Schwestern, mit 1717 Frauen und Novizinnen und 232 Laienschwestern bevölkert. (H. N.)

Die Unteroffiziere der hiesigen Truppen, welche an der Erstürmung der doppelter Schanzen am 13. April 1849 teilnahmen, haben gestern die Erinnerung an diese Waffenthat in einem hiesigen Gasthause feierlich gefeiert. (A. B.)

### Oesterreich.

[Über den Mord in Brod] am 13. d. M. geht uns heute ein ausführlicher Bericht zu, dem wir nur jene Stellen entnehmen, welche über die Person des Mörders einiges Licht verbreiten.

&lt;p

Die nach dem Urtheile der Aerzte meist absolut tödlichen Stichwunden, die er seinen letzten Opfern beibrachte, lassen übrigens fast mit Gewissheit den Schluss ziehen, daß diese nicht die ersten waren. Sie zeugen von einer solchen Gewandtheit in der Führung jener Mordwaffe, von einer solchen Sicherheit des Stoßes, die nur durch mehrfache Uebung erlangt worden sein kann, wozu ihm allerdings sein letzter Aufenthalt in Italien Gelegenheit geboten haben mag.

### Frankreich.

Paris, 18. April. Die Freisprechung Bernards ist hier das Gespräch des Tages. Die hier wohnenden Engländer hatten diesen Ausgang ziemlich bestimmt vorausgegagt; die höheren Klassen jenseits des Kanals wissen die politischen Vortheile des französischen Bündnisses zu schätzen, aber die Mittelklasse und das eigentliche Volk können ihren Widerwillen gegen die kaiserliche Regierung nicht verbergen. In den offiziellen Kreisen urtheilt man die Sache höchst gerecht, obgleich zunächst wohl die Absicht fortbesteht, den neuen Zwischenfall möglichst zu ignoriren, und das Bündniß trotz allem festzuhalten. Die Regierungsblätter beschränken sich vorläufig auf die einfache Mittheilung der Thatssache; der "Moniteur" schweigt gänzlich. Nur das den Tuilerien jetzt ziemlich nahe stehende klerikale "Universität", welches schon früher die Polemik gegen England zu seiner besonderen Domaine machte, bricht offen los. Herr Beuillot läßt sich vernehmen wie folgt:

Die englische Jury hat Simon Bernard freigesprochen; das englische Volk hat die Prozedur mit seinen Hurrahs gefeiert, die englischen Richter, gezwungen den Angeklagten noch festzuhalten, haben sich dem Standal so viel als möglich beigelegt, indem sie ihm die Kautions gestatteten. Das Alles ist vollständig und das Alles ist conisch. Nichts fehlt dabei. Wenn die englische Regierung dies Ergebnis nicht gewollt hat, so ist es die "Times", welche die Meinung regiert. Hat sie es gewollt, so ist die "Times" die Dolmetscherin ihrer Gedanken gewesen. Zwischen zwei mächtigen und befreundeten Nationen erhebt sich eine Frage, welche man die "Meuchelmörderfrage" nennen kann. Die eine dieser beiden Nationen hofft sie zum Schaden der andern, zu Gunsten der Meuchelmörder! Seien wir aufrichtig und fügen wir hinzu, daß bei der Lage, wie sie ist, wir die schändlichen Hurrahs im londoner Gerichtshalle den gepreisten Höflichkeitsteizungen vorziehen, mit denen der Gemeinderath von Dover einen Tag zuvor den offenen Marschall Peußler ermüdet. In dem Punkt mit Loyalität waren diese Komplimente ohne Zweifel echt englisch; aber die Hurrahs des Triumphes, welche um Simon Bernard her erklangen — das ist das Herz Englands selbst."

Gestern war der letzte Tag, wo die Wahlkandidaten die untergeschriebene Eidesformel einzureichen hatten. Außer den drei bereits erwähnten Oppositions-Kandidaten hat auch Herr Armand Levy diese Formalität erfüllt, der früher im Gote d'or eine ziemliche Zahl von Stimmen gewann, und jetzt nicht davon abzubringen ist, Herr Jules Favre in seinem Wahlbezirk Konkurrenz zu machen. Dies dürfte die Stimmen der Opposition etwas zerstreuen.

### Spanien.

Madrid, 14. April. [Ein Mordanschlag auf General Verdugo,] der heute am hellen Tage durch einen Agenten der geheimen Polizei, Namens Revere, in der Straße del Carmen ausgeführt wurde, hat eine unbeschreibliche Aufregung in Madrid hervorgerufen. Revere redete den General an und durchbohrte ihn mit dem Degen. Der Verwundete wurde in das Haus des Deputirten Franco getragen. Der Mörder wurde festgenommen und konnte nur durch militärische Eskorte gegen die Volksjustiz geschützt werden. General Verdugo ist Kongressmitglied, zur liberalen Union gehörig und mit der gefeierten Wellington verheirathet. Er ist im Uebrigen im Civil wie im Militär gleich geachtet und beliebt.

Unterm 17. April wird über diesen Vorfall noch telegraphirt, daß die Wunde des Generals sehr gefährlich ist, und daß man an seiner Rettung zweifelt. Die gerichtliche Voruntersuchung gegen den Mörder war bereits beendigt.

### Italien.

Neapel. [Ermordung eines Franzosen.] Aus Paris meldet man, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Depeches von Herrn Soulange Bodin, dem französischen Konsul in Neapel, erhalten hat, worin dieser meldet, daß der König auf die Nachricht hin, daß ein neapolitanischer Offizier einen französischen ermordet habe, sich bereit gezeigt habe, jede wünschbare Genugthuung zu geben.

### Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

am 15. April.

Anwesend 61 Mitglieder der Versammlung. Ohne Entschuldigung fehlten die Herren Chevalier, Rogge, Selbster.

Die Mittheilungen, welche den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen vorangingen, betrafen: den Bau- und Stadt-Vereinigung-Rapport für die Woche vom 12. bis 17. April. Nach demselben sind 32 Maurer, 29 Zimmerleute, 2 Steinleger, 90 Tagearbeiter bei den städtischen Bauten beschäftigt; ferner die von der Arbeitshaus-Inspektion eingereichten Listen für den Monat März, welche die Zahl der entlassenen Gefangenen auf 149, die in Haft verbliebenen Gefangen auf 227 angaben; eine Anzahl Einladungen zu Schulprüfungen, zu denen die Deputationen theils schon ernannt waren und von der Versammlung nachträglich genehmigt, theils in der heutigen Sitzung ernannt wurden; eine Einladung des Magistrats zur Belehrung an der Sonntag, den 18. April, stattfindenden Ordination und Installation des Predikants-Kandidaten und Konkretors Herrn Krißt als Armenhaus-Prediger. Das Kommissariat zur Beirührung der kirchlichen Feier erhielten die Herren Burghart, Hildebrandt und Jäger; ein Schreiben des Oberlehrers an der Realsschule zum heiligen Geist, Herrn Dr. Tagmann, worin derselbe bei seinem Abgang zur Übernahme des Direktorats an der Realsschule zu Tübingen den hiesigen städtischen Behörden für das ihm bezeigte Wohlwollen dankte; ein Dankesbrief des Predigers am Krankenhaus zu Alerheiligen, Herrn Dondorf, für die demselben bewilligte Gehaltszulage.

Zufolge Antrags des Magistrats für das mit Nachstern beginnende Cray-Aushebungsgeschäft im hiesigen Stadtbezirk die Civil-Mitglieder der Erzäh-Kommission zu ernennen und namhaft zu machen, berief die Versammlung die Herren Boehr, Hildebrandt, Marks II. und Roessler zur Übernahme der betreffenden Funktion. Sie vollzog außerdem die Wahlen — des Herrn Zimmermeisters Sander zum Vorsteher, des Tischlermeisters Herrn Mai zum Vorsteher-Stellvertreter für den Dombezirk, des Bädermeisters Herrn Goehlich zum Vorsteher für den Franziskanerbezirk, des Destillateurs Herrn Grünhaas zum Schiedsmann für den vorgenannten Bezirk, des Kaufmanns Herrn Schmigalla zum Schiedsmann für den Grünenbaumbezirk, des Tischlers Herrn Voeg zum Mitglied der Kommission zur Beurtheilung der Darlehnskasse für Handwerker, des Majors a. D. Wedekel v. Hembach zum Mitgliede der städtischen Abgabendeposition, des Kaufmanns Herrn H. Hübner zum Vorsteher der evangelischen Elementarschule Nr. 9 und des Glasermeisters Herrn Chrbed zum Vorsteher für den Mauritiusbezirk Abthlg. II.

Die Bezug auf die vorliegenden Gesuche in Gewerbebetriebs-Angelegenheiten ward die Bedürfnisfrage zu 4 Anträgen bejaht, zu den übrigen fünf dagegen verneint.

Magistrat kommunizirte einen Erlaß Sr. Excellenz des Herrn Oberpräsidenten der Provinz, worin anerkannt ist, daß die vom Magistrat beabsichtigte Sistierung der Erhebung der von den Gewerbetreibenden pro 1858 zum Befreiungskreis zu entrichtenden Beiträge infoweit gerechtfertigt sei, als der von den Gewerbetreibenden nach Abrechnung der von ihnen für die Darlehnskasse in den Jahren 1856 und 1857 geleisteten Beiträge noch aufzubringende Betrag durch verlorene Zinsen gedeckt werde. Vorgenommene Ermittlungen stellten eine derartige Deckung fast außer Zweifel, weshalb Magistrat proponierte: von einer Beitragsentrichtung seitens der Gewerbetreibenden pro 1858 abzusehen, die Amortisation der noch laufenden Zinscheine im Nennwerthe von 32,100 Thalern lediglich aus den indirekten Ablösungsbeiträgen beenden zu lassen und nun die Einsamung möglichst zu beschleunigen, vom 1. Mai ab die noch ungetilgten Zinscheine zum Nennwerthe baar zu realisieren, zu diesem Zwecke dem Ablösungs-fonds die erforderlichen Mittel einzuteilen vor-

zustreden und die Erstattung dieses Vorhusses durch die allmonatlich eingehenden indirekten Ablösungsbeiträge zu bewirken. Die Versammlung erklärte ihre Zustimmung zu dem Vorhause.

In dem vorhergehenden Berichte ist schon des Gesuches Erwähnung geschehen, welches der Vorstand des hiesigen Vereins zur Erziehung hilfloser Kinder, um Gewährung einer einmaligen Beihilfe aus Komunal-fonds, an die Versammlung gerichtet hatte. Die Befindung über den Antrag wurde damals bis nach Eingang der Erklärung des Magistrats, an welchen der Vorstand sich mit einer gleichen Vorstellung gewendet, vertagt. Da jene Erklärung nunmehr eingegangen und die Gewährung des Gesuchs angelegentlich befürwortete, bewilligte die Versammlung dem Verein eine einmalige Unterstützung von 200 Thalern aus der Kämmerei. Hieran schloß sich die Bewilligung einer Pachtremission von 20 Thlr. an den Bäcker der sogenannten Grödelbrücke und der bei der Verwaltung des Gewerbeuer-Lantmiete-fonds pro 1857 vorgenommenen Staatsüberbreitungen zur Summe von 41 Thlr., endlich eines Betrages von 1200 Thlr. zur Belehrung der Restforderung der hiesigen Maschinbau-Anstalt für die von derselben gelieferte schwedische Reservevelle zu dem Wascherbewerbe. Außer dem gedachten Betrage waren noch 800 Thlr. beansprucht zum Zwecke des Einlegens der Reservevelle, um deren Solidität zu erproben. Von einer Erprobung nahm die Versammlung indeß Abstand, in Anbetracht des von den Sachverständigen ausgesprochenen Urtheils, daß das Neuherr der neuen 144 Centner schweren Welle für eine durchaus auktoriale und solidarische Befestigung bestimmt vorausgesetzt; die höheren Klassen jenseits des Kanals wissen die politischen Vortheile des französischen Bündnisses zu schätzen, aber die Mittelklasse und das eigentliche Volk können ihren Widerwillen gegen die kaiserliche Regierung nicht verbergen. In den offiziellen Kreisen urtheilt man die Sache höchst gerecht, obgleich zunächst wohl die Absicht fortbesteht, den neuen Zwischenfall möglichst zu ignoriren, und das Bündniß trotz allem festzuhalten. Die Regierungsblätter beschränken sich vorläufig auf die einfache Mittheilung der Thatssache; der "Moniteur" schweigt gänzlich. Nur das den Tuilerien jetzt ziemlich nahe stehende klerikale "Universität", welches schon früher die Polemik gegen England zu seiner besonderen Domaine machte, bricht offen los. Herr Beuillot läßt sich vernehmen wie folgt:

Die englische Jury hat Simon Bernard freigesprochen; das englische Volk hat die Prozedur mit seinen Hurrahs gefeiert, die englischen Richter, gezwungen den Angeklagten noch festzuhalten, haben sich dem Standal so viel als möglich beigelegt, indem sie ihm die Kautions gestatteten. Das Alles ist vollständig und das Alles ist conisch. Nichts fehlt dabei. Wenn die englische Regierung dies Ergebnis nicht gewollt hat, so ist es die "Times", welche die Meinung regiert. Hat sie es gewollt, so ist die "Times" die Dolmetscherin ihrer Gedanken gewesen. Zwischen zwei mächtigen und befreundeten Nationen erhebt sich eine Frage, welche man die "Meuchelmörderfrage" nennen kann. Die eine dieser beiden Nationen hofft sie zum Schaden der andern, zu Gunsten der Meuchelmörder! Seien wir aufrichtig und fügen wir hinzu, daß bei der Lage, wie sie ist, wir die schändlichen Hurrahs im londoner Gerichtshalle den gepreisten Höflichkeitsteizungen vorziehen, mit denen der Gemeinderath von Dover einen Tag zuvor den offenen Marschall Peußler ermüdet. In dem Punkt mit Loyalität waren diese Komplimente ohne Zweifel echt englisch; aber die Hurrahs des Triumphes, welche um Simon Bernard her erklangen — das ist das Herz Englands selbst!"

Nach den von der Stadt-Baudeputation gepflogenen und in Gemeinschaft mit dem königl. Polizei-Präsidium fortgesetzten Berathungen über die diesjährigen Pfasterungen sind zur Ausführung projektiert: die Umpflasterung der Schwedtinerstraße vom Zwingerplatz bis zur Brücke über den Stadtgraben mit bearbeiteten Granitsteinen, das Gegenplaster von Basaltsteinen mit Granitinnen; die Umpflasterung der Ostseite des Ringes in derselben Weise; die Umpflasterung der Oderstraße vom Ring bis zur Burgstraße und den legeren bis zur kurzen Oderbrücke ebenso; die Umpflasterung der alten Taschenstraße von der Oderbrücke bis einschließlich der Taschenbrücke in gleicher Weise; die Neuflasterung der Wallstraße von der Antonien- bis zur Reichenstraße mit Basaltsteinen; die Umpflasterung eines Fußweges mit bearbeiteten Granitsteinen von der Fabrik von Struve und Soltmann bis an das sogenannte Waldchen; die Neuflasterung der Schwerdtstraße mit Basaltsteinen, Gegenplaster von Feldsteinen mit Granitinnen; die Neuflasterung der Sonnenstraße mit Feldsteinen und Granitinnen. Bei der Schwerdt- und Sonnenstraße war bemerkt, daß die Plasterung derselben nur dann zur Ausführung gebracht werden solle, wenn die adjacirenden Grundstückseigentümer zur Regulirung der Bürgersteige durch Legung von Trottoirplatten und bearbeiteten Granitsteinen sich bereit finden lassen und in der Sonnenstraße das zur nothwendigen Verbreiterung erforderliche Terrain unentgänglich hergeben. Die erforderlichen Schritte hierzu seien deshalb bei dem königl. Polizei-Präsidium bereits gethan. Die Kostenansprüche der projektierten Pfasterungen belaufen sich zur Summe von 28,860 Thalern. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zur Ausführung der Um- resp. Neuflasterungen mit Ausschluß der Schwerdt- und Sonnenstraße, weil die mit den beteiligten Grundstückseigentümern vorerst zu pflegenden Verhandlungen vorausichtlich nicht so rasch zum Abschluß gelangen werden, daß die Pflasterung der beiden Straßen dann noch in den laufenden Jahre möglich würde. Vor Angriphnahme der Pfasterung der Oderstraße soll der Bau eines Kanals in der ganzen Länge derselben ausgeführt und zur Deckung der auf 3360 Thlr. veranschlagten Kosten der Etatsansatz für den beauftragten, einstweilen aber stillstehen Kanalbau in der Reichenstraße unter Zuhilfenahme von 1250 Thlr. aus dem laufenden Bau-Eextraordinarium vermendet werden. Mit diesem Vorschlage erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzzelde-fonds, die in dem Spezial-Etat dieses Fonds vorgetragene Einnahme ebenfalls aufzunehmen sei, ferner, daß an die Feststellung des Haupt-Etats der bei Feststellung des Spezial-Etats für die Kirche zu St. Salvador gemachte Vorbehalt ebenfalls geknüpft werde, der Vorbehalt nämlich, daß die Abtrennung der Kirchenverwaltung zu St. Salvador vom Kranken-Hospital zu Alerheiligen und deren Einreihung unter die übrigen Kirchen städtischen Patronats von einer besonderen Erörterung und Bechlußnahme der Patronatsfrage durch die Versammlung abhängig bleibe. Schließlich wurde Magistrat angegangen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht künftig in der Rekapitulation des Haupt-Etats zur Erleichterung der Uebersicht eine Änderung einzuführen sein möchte, dahin, daß die Zubehörigkeit der betreffenden Spezial-Verwaltung zu dieser oder jener Bureau-Abtheilung in der Kolonne Anmerkungen konstatirt, dagegen in dem Kontexte des Etats die Ueberdrift jeder Abtheilung und die entsprechende Abtheilungs-Summe weggelassen, dafür aber jede Spezial-Verwaltung mit ihrer Etatsziffer aufgeführt werde.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzzelde-fonds, die in dem Spezial-Etat dieses Fonds vorgetragene Einnahme ebenfalls aufzunehmen sei, ferner, daß an die Feststellung des Haupt-Etats der bei Feststellung des Spezial-Etats für die Kirche zu St. Salvador gemachte Vorbehalt ebenfalls geknüpft werde, der Vorbehalt nämlich, daß die Abtrennung der Kirchenverwaltung zu St. Salvador vom Kranken-Hospital zu Alerheiligen und deren Einreihung unter die übrigen Kirchen städtischen Patronats von einer besonderen Erörterung und Bechlußnahme der Patronatsfrage durch die Versammlung abhängig bleibe. Schließlich wurde Magistrat angegangen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht künftig in der Rekapitulation des Haupt-Etats zur Erleichterung der Uebersicht eine Änderung einzuführen sein möchte, dahin, daß die Zubehörigkeit der betreffenden Spezial-Verwaltung zu dieser oder jener Bureau-Abtheilung in der Kolonne Anmerkungen konstatirt, dagegen in dem Kontexte des Etats die Ueberdrift jeder Abtheilung und die entsprechende Abtheilungs-Summe weggelassen, dafür aber jede Spezial-Verwaltung mit ihrer Etatsziffer aufgeführt werde.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzzelde-fonds, die in dem Spezial-Etat dieses Fonds vorgetragene Einnahme ebenfalls aufzunehmen sei, ferner, daß an die Feststellung des Haupt-Etats der bei Feststellung des Spezial-Etats für die Kirche zu St. Salvador gemachte Vorbehalt ebenfalls geknüpft werde, der Vorbehalt nämlich, daß die Abtrennung der Kirchenverwaltung zu St. Salvador vom Kranken-Hospital zu Alerheiligen und deren Einreihung unter die übrigen Kirchen städtischen Patronats von einer besonderen Erörterung und Bechlußnahme der Patronatsfrage durch die Versammlung abhängig bleibe. Schließlich wurde Magistrat angegangen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht künftig in der Rekapitulation des Haupt-Etats zur Erleichterung der Uebersicht eine Änderung einzuführen sein möchte, dahin, daß die Zubehörigkeit der betreffenden Spezial-Verwaltung zu dieser oder jener Bureau-Abtheilung in der Kolonne Anmerkungen konstatirt, dagegen in dem Kontexte des Etats die Ueberdrift jeder Abtheilung und die entsprechende Abtheilungs-Summe weggelassen, dafür aber jede Spezial-Verwaltung mit ihrer Etatsziffer aufgeführt werde.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzzelde-fonds, die in dem Spezial-Etat dieses Fonds vorgetragene Einnahme ebenfalls aufzunehmen sei, ferner, daß an die Feststellung des Haupt-Etats der bei Feststellung des Spezial-Etats für die Kirche zu St. Salvador gemachte Vorbehalt ebenfalls geknüpft werde, der Vorbehalt nämlich, daß die Abtrennung der Kirchenverwaltung zu St. Salvador vom Kranken-Hospital zu Alerheiligen und deren Einreihung unter die übrigen Kirchen städtischen Patronats von einer besonderen Erörterung und Bechlußnahme der Patronatsfrage durch die Versammlung abhängig bleibe. Schließlich wurde Magistrat angegangen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht künftig in der Rekapitulation des Haupt-Etats zur Erleichterung der Uebersicht eine Änderung einzuführen sein möchte, dahin, daß die Zubehörigkeit der betreffenden Spezial-Verwaltung zu dieser oder jener Bureau-Abtheilung in der Kolonne Anmerkungen konstatirt, dagegen in dem Kontexte des Etats die Ueberdrift jeder Abtheilung und die entsprechende Abtheilungs-Summe weggelassen, dafür aber jede Spezial-Verwaltung mit ihrer Etatsziffer aufgeführt werde.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzzelde-fonds, die in dem Spezial-Etat dieses Fonds vorgetragene Einnahme ebenfalls aufzunehmen sei, ferner, daß an die Feststellung des Haupt-Etats der bei Feststellung des Spezial-Etats für die Kirche zu St. Salvador gemachte Vorbehalt ebenfalls geknüpft werde, der Vorbehalt nämlich, daß die Abtrennung der Kirchenverwaltung zu St. Salvador vom Kranken-Hospital zu Alerheiligen und deren Einreihung unter die übrigen Kirchen städtischen Patronats von einer besonderen Erörterung und Bechlußnahme der Patronatsfrage durch die Versammlung abhängig bleibe. Schließlich wurde Magistrat angegangen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht künftig in der Rekapitulation des Haupt-Etats zur Erleichterung der Uebersicht eine Änderung einzuführen sein möchte, dahin, daß die Zubehörigkeit der betreffenden Spezial-Verwaltung zu dieser oder jener Bureau-Abtheilung in der Kolonne Anmerkungen konstatirt, dagegen in dem Kontexte des Etats die Ueberdrift jeder Abtheilung und die entsprechende Abtheilungs-Summe weggelassen, dafür aber jede Spezial-Verwaltung mit ihrer Etatsziffer aufgeführt werde.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzzelde-fonds, die in dem Spezial-Etat dieses Fonds vorgetragene Einnahme ebenfalls aufzunehmen sei, ferner, daß an die Feststellung des Haupt-Etats der bei Feststellung des Spezial-Etats für die Kirche zu St. Salvador gemachte Vorbehalt ebenfalls geknüpft werde, der Vorbehalt nämlich, daß die Abtrennung der Kirchenverwaltung zu St. Salvador vom Kranken-Hospital zu Alerheiligen und deren Einreihung unter die übrigen Kirchen städtischen Patronats von einer besonderen Erörterung und Bechlußnahme der Patronatsfrage durch die Versammlung abhängig bleibe. Schließlich wurde Magistrat angegangen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht künftig in der Rekapitulation des Haupt-Etats zur Erleichterung der Uebersicht eine Änderung einzuführen sein möchte, dahin, daß die Zubehörigkeit der betreffenden Spezial-Verwaltung zu dieser oder jener Bureau-Abtheilung in der Kolonne Anmerkungen konstatirt, dagegen in dem Kontexte des Etats die Ueberdrift jeder Abtheilung und die entsprechende Abtheilungs-Summe weggelassen, dafür aber jede Spezial-Verwaltung mit ihrer Etatsziffer aufgeführt werde.

Zur Feststellung kam der Stadt-Haushalt-Etat für das Jahr 1858. Die Einnahme ist auf 694,036 Thaler, die Ausgabe auf 688,130 Thaler festgestellt. Die Bemerkungen, welche mit der Zurißgabe des Etats an den Magistrat gelangten, bezeugen sich darauf, daß in das dem Etat beigelegte Formular zur Nachweisung der Einnahme und Ausgabe des Substanzz